Willies Wunder

Elf Wochen lang kämpfte Minister Whitelaw beharrlich um das Vertrauen der katholischen Minderheit. Dann hatte er die IRA isoliert und zum Waffenstillstand gezwungen.

Ann Willie das Wunder vollbringen?" fragte der Londoner "Daily Mirror" seine Leser. Schon am nächsten Tag vollbrachte Willie, Englands Nordirland-Minister William Whitelaw, das Wunder: dem Terror der Untergrundarmee IRA ein Ende zu setzen. In Dublin kündigte der nationalistische Flügel der IRA, die Provisionals, einen unbefristeten Waffenstillstand an, der

begann er unauffällig eine Politik der kleinen Schritte: sein "softening-up program", eine Aufweichungskampagne behutsamer Gesten.

Der "Friedensstifter" ("The Times")

- > hob das Demonstrationsverbot auf,
- setzte den Vollzug von Gefängnisstrafen gegen Bürgerrechtskämpfer aus.
- köderte kriegsmüde Katholiken mit dem Versprechen, nach Wiederherstellung des Friedens ein Hilfsprogramm zu verwirklichen.

Den Durchbruch zur Glaubwürdigkeit erreichte Whitelaw, als er versprach, die von den republikanischen Terroristen besetzten und verwalteten Katholiken-Gettos in Londonderry



Nordirland-Minister Whitelaw: Behutsame Gesten

an diesem Montag um null Uhr beginnen sollte.

Britanniens Pro-Konsul im Norden der irischen Insel ist es in den knapp drei Monaten seiner kommissarischen Herrschaft über die (verfassungsmäßig halbautonome) Briten-Provinz gelungen, der Regierung jene Initiative zurückzugewinnen, die ihr für fast drei Jahre von protestantischen und katholischen Extremisten entrissen worden war. Willie Whitelaw hatte dazu ein kunstvolles, zugleich gefährliches und gefährdetes Netz voneinander abhängiger Kompromisse geknüpft.

Kurz nach seinem Amtsantritt predigte er Sicherheit: durch einen Einkaufsbummel — demonstrativ ungeschützt — in die Straßen Belfasts, wo laufend Bomben explodierten. Tag für Tag schien der von Katholiken als "Mr. Whitewash" geschmähte, von Protestanten als Verräter bespuckte Minister mit immer neuen Friedensappellen nur seine Ohnmacht zu demonstrieren. Indessen

("Free Derry") nicht mit Gewalt zu stürmen.

So honorierten Ende Mai 13 700 der insgesamt 35 000 Einwohner von "Free Derry" seine Friedensbemühungen mit einer Unterschriftensammlung für den Waffenstillstand. In Belfast riefen 40 000 Katholiken die Terroristen schriftlich zur Kampfpause.

Whitelaw wechselte sogleich in eine schnellere Gangart: Er traf sich mit Bürgerrechtskämpfern und überzeugte in öffentlichen Reden immer mehr Iren beider Seiten von seiner These, in diesem Kampf gebe es "keine Märtyrer, sondern nur Opfer".

"Whitelaws Brautwerbung" ("Sunday Times") fand Gehör: Der Druck friedenswilliger Katholiken auf die Terroristen wurde so stark, daß Cathal Goulding, Führer des marxistischen offiziellen Flügels der IRA, am 29. Mai Waffenstillstand bekanntgab.

Da erst begann die kritische Phase des "politischen Seiltanzes" ("The Guardian"), des Lavierens zwischen den Fronten. Willie Whitelaw beschwichtigte die aufrüstenden Protestanten, indem er ein Ultimatum der IRA kategorisch ablehnte. Zugleich deutete er eine Freilassung der letzten Internierten nach einem Waffenstillstand an — und erleichterte so die Kontaktaufnahme mit politischen Vertretern der Katholiken: Zum erstenmal seit elf Monaten trafen sich Parlamentarier der Minderheit mit der britischen Regierung.

Bei Gesprächen in London und Belfast verhieß Whitelaw den Abgeordneten John Hume und Paddy Devlin noch für diesen Herbst Kommunalwahlen nach einem gerechteren Proportional-Wahlrecht. Gleichzeitig beruhigte er die für ihre Privilegien fürchtenden Protestanten, die Anwendung dieses Wahlrechts müsse nicht automatisch für spätere Wahlen gelten.

Anfang vergangener Woche billigte der Schlichter 120 in Belfast einsitzenden, rechtskräftig verurteilten Extremisten beider Lager den Status politischer Häftlinge zu. Damit blieb auch den von ihren katholischen Gefolgsleuten isolierten Provisionals nur noch der Waffenstillstand.

Er wird kaum mehr als eine "Verschnaufpause" ("The Observer") sein — falls der IRA-Generalstab den Waffenstillstand überhaupt durchsetzen kann: Seamus Twomey, Oberbefehlshaber der weitgehend unabhängig operierenden IRA-Garnison von Belfast, wehrte sich dagegen bis zum letzten Augenblick.

Auch die Gewehr bei Fuß stehende Ulster Defence Association (UDA), eine protestantische Privatarmee mit 35 000 ausgebildeten Kämpfern, traut dem Frieden nicht: Sie vermutet geheime Konzessionen Willies an die IRA.

SÜDAFRIKA

Dit was lekker

Die beiden weißen Volksgruppen Südafrikas sind nicht frei von einer Krankheit, die gemeinhin Schwarzen zugeschrieben wird — Tribalismus.

In lässiger Kleidung begab sich Kriminalpolizist Gerd Pretorius, 20, unter weiße südafrikanische Studenten, die bessere Bildungschancen für Schwarze forderten. Er sollte die Rädelsführer feststellen.

Später stürzte sich Pretorius zusammen mit uniformierten Kollegen prügelnd auf die Demonstranten. Sein Kommentar nach getaner Arbeit: "Dit was lekker!"

Der weiße Jungpolizist hatte Freude am Knüppel-Einsatz gegen weiße Altersgenossen, die zwar seine Landsleute sind, von denen ihn aber doch Welten trennen:

Er — wie die meisten Polizeibeamten — ist Buren-Sohn und spricht Afrikaans; er kommt aus einer kinderrei-

chen Familie, ärmlichen Wohnverhältnissen und verdient ein bescheidenes Gehalt. Die langhaarigen Studenten aber sprechen Englisch, sind durchweg Kinder wohlhabender Eltern und werden aufgrund ihrer Bildung einst weit mehr verdienen als Konstabler Pretorius und seine Kameraden.

Siebzig Jahre nachdem sich weiße Kolonialisten britischer und burischer Herkunft im Burenkrieg blutige Schlachten lieferten, hat sich unter den weißen Stämmen am Kap "eine Kluft aufgetan" (Johannesburgs "Rand Daily Mail") zwischen

2,2 Millionen Buren-Nachfahren ("Afrikaaner"), die zwar seit 1948 in Südafrika unangefochten regieren, zum größten Teil aber zu den niedrigeren Einkommensgruppen



Südafrikanische Polizisten, Student "Poliert die Gewehre"

der Arbeiter und Angestellten gehören, und

1,4 Millionen englischsprachigen Bürgern, die Südafrikas Wirtschaft beherrschen, die meisten Facharbeiter und leitenden Angestellten stellen sowie in den freien Berufen dominieren.

Die weltaufgeschlossenen Briten-Nachkommen befürworten eine gewisse Lockerung der Apartheidspolitik gegenüber den 17 Millionen Nichtweißen ihre Unternehmen brauchen dringend Arbeitskräfte. Das aber erbost die Buren, Nachkommen holländischer, hugenottischer und deutscher Siedler, denn Schwarze und Braune würden nur ihnen Konkurrenz machen, kaum aber den besser gebildeten anglophonen Bürgern.

"Diese Spaltung könnte so viele Spannungen hervorrufen wie jene zwischen Schwarz und Weiß", klagte Englands konservativer "Daily Telegraph" über den weißen Tribalismus am Kap, der mit schwarzafrikanischen Stammesgegensätzen vergleichbar ist: Burische und britische Südafrikaner haben nicht nur ihre eigenen Sprachen, Zeitungen und Parteien, sondern sogar Geheimgesellschaften — den "Broederbond" und die "Sons of England". Die frühe Geschichte ihrer Beziehungen ist von Kriegszügen geprägt.

So hatten die Engländer zur Zeit der napoleonischen Kriege die Buren vom Kap verdrängt und später deren Republiken im nördlichen Hinterland annektiert, nachdem die Buren dort Gold und Diamanten gefunden hatten.

Schlimmer als die Niederlage war für die Buren, daß sie im 19. Jahrhundert die Städte gemieden und die urbane Wirtschaft den Engländern, europäischen Neueinwanderern und nichtweißen Arbeitskräften überlassen hatten. Die Verfassung der 1910 gegründeten Südafrikanischen Union brachte den Buren zwar die Gleichberechtigung doch da konnten sie den Vorsprung der Briten nicht mehr aufholen. Die entstehende Industrie erforderte zudem große Investitionen, die nur die Engländer mit ihren guten Verbindungen zum Mutterland — aufbringen konnten.

1948 feierten die Buren den Wahlsieg der von ihnen beherrschten Nationalpartei als "Korrektur des Burenkriegs". Ihre Regierungen unter den Premiers Malan, Strijdom, Verwoerd und Vorster schalteten durch Rassentrennungsgesetze die farbige Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt aus. Die ganz "armen Weißen" — durchweg Buren — verschwanden.

Doch die Vormachtstellung der wirtschaftlich stärkeren und gebildeteren Anglo-Südafrikaner tastete kein Buren-Premier an: Angesichts der riesigen schwarzen Mehrheit mußten die Wei-Ben zusammenhalten.

In den letzten Wochen jedoch riß Vorsters Regierungspartei "die nationale weiße Einheit in Stücke" ("Rand Daily Mail") — aus parteipolitischen Erwägungen: Nachdem seine Nationalpartei bei Nachwahlen zahlreiche Stimmen verloren hatte, appellierte sie an den verborgenen Tribalismus ihrer burischen Stammwähler:

Die englischsprachigen Mitbürger, so Vorsters Gefolgsleute im Parlament. machten sich des "Boerehaat" schuldig, seien Burenhasser. Der burische Studentenführer S. Morkel warnte vor "langen Haaren" und "kommunistischer Unterwanderung". Vorsters Hauszeitung "Die Transvaler" kritisierte die "Hanskakies" (ein Schimpfwort aus dem Burenkrieg), die mit den Engländern gemeinsame Sache machten, und deklamierte auf der Kinderseite: "Spuckt in die Hände und poliert die Gewehre . . . denn wir kämpfen gegen die Engländer.

Premier Vorster lobte den Kampf seiner Schutzleute gegen die Studenten, bei dem wehrlose Frauen verprügelt und anglikanische Kathedralen gestürmt worden waren: "Ich wäre persönlich enttäuscht gewesen, wenn sich die Polizei anders verhalten hätte."

LATEINAMERIKA

Die Japaner kommen

Unauffällig erobern die Japaner Lateinamerika. Mit ihren Investitionen auf dem Subkontinent haben sie die Bundesrepublik schon überrundet.

Japanische Experten begutachten Kupferminen in Peru und Seidenraupen-Farmen in Paraguay. Japanische Techniker fördern Eisenerz und bauen Schiffe in Brasilien. Japanische Studenten schneiden Zuckerrohr in Kuba.

Von Mexico City bis Buenos Aires, von Lima bis Rio schwärmen Nippons Fabrikanten und Banker, Stahlbosse und Schiffbauer in Lateinamerika aus.

Mit immer schnelleren Schritten dringt der fernöstliche Wirtschaftsriese auf dem lateinamerikanischen Markt vor und erobert in der bisherigen Domäne nordamerikanischer und europäischer Investoren den zweiten Platz (nach den USA): Von 62 Millionen Dollar (1960) stiegen Japans Lateinamerika-Investitionen auf 699 Millionen Dollar (März 1972). Sie haben damit in den letzten Monaten die britischen und deutschen Kapitalanlagen auf dem Subkontinent — etwa je 600 Millionen Dollar — überholt.

Über 200 Nippon-Unternehmen haben sich in Lateinamerika niedergelassen, von Ein-Mann-Handelsvertretungen bis zu den Konzern-Giganten Mitsubishi oder Nippon Steel. Die Bank of Tokyo wie die staatliche Export-Import Bank of Japan eröffneten Büros. Und der Handel Japans mit Lateinamerika wuchs von 615 Millionen Dollar (1960) auf 2,93 Milliarden Dollar (1971).

"Die japanische Wirtschaft", erklärt das Wirtschaftsblatt "Nihon Keizai Shimbun" die Expansion über den Pa-



Japan-Besucher Stroessner (l.)* "Kalten Schock vermeiden"

^{*} Mit Kaiser Hirohito.